

**selbsthilfegruppenjahrbuch**  
**2002**

**DAG SHG**

## **selbsthilfegruppenjahrbuch 2002**

### *Herausgeber:*

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.  
Friedrichstr. 28, 35392 Gießen

### *Redaktion:*

Anita Jakubowski, Koordination für Selbsthilfe-Kontaktstellen in  
Nordrhein-Westfalen der DAG SHG e.V. (KOSKON),  
Friedhofstr. 39, D-41236 Mönchengladbach, Tel.: 02166/248567  
Jürgen Matzat, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V.,  
Friedrichstr. 33, D-35392 Gießen, Tel.: 0641/99-45612  
Wolfgang Thiel, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung  
und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V. (NAKOS),  
Wilmsdorfer Straße 39, D-10627 Berlin, Tel.: 030/31018960

### *Umschlag:*

Lutz Köbele-Lipp, Kubik, Berlin

### *Satz und Layout:*

Focus Verlag GmbH, Gießen

### *Druck:*

Fuldaer Verlagsagentur, Fulda  
ISSN 1616-0665

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder. Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher  
Genehmigung der Redaktion und der Autoren.

Herstellung und Versand dieser Ausgabe des ›selbsthilfegruppenjahrbuchs‹  
wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend, von der ›GlücksSpirale‹ und von folgenden Krankenkassen:  
Barmer Ersatzkasse, Brühler Krankenkasse Solingen, Buchdrucker-Kranken-  
kasse Hannover, Deutsche Angestellten Krankenkasse, Hamburg-Münchener  
Krankenkasse, Kaufmännische Krankenkasse, Krankenkasse Eintracht  
Heusenstamm, Krankenkasse für Bau- und Holzberufe, Schwäbisch-  
Gmünder Ersatzkasse, Techniker Krankenkasse.

Wir bedanken uns ganz herzlich!

*Zur Unterstützung unserer Vereinsarbeit bitten wir Sie herzlich um eine  
Spende (steuerlich abzugsfähig) auf unser Konto Nr. 6.3030.05 bei der  
Volksbank Gießen (BLZ 513.900.00).*

## **Selbsthilfekontaktstellen im Förderkonzept Stadtteilzentren**

### **Anmerkungen zu jüngsten Berliner Erfahrungen**

Die Unterstützung der Selbsthilfe in Berlin ist seit Jahren vorbildlich für andere Bundesländer und entspricht damit den lebendigen Aktivitäten vieler Gruppen und zahlloser engagierter Einzelpersonen.

Angesichts der neuen politischen Rahmenbedingungen gilt es dafür Sorge zu tragen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Vor allem der Weiterentwicklung der *Selbsthilfe-unterstützenden Infrastruktur durch Kontaktstellen* muß dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil werden.

Selbsthilfekontaktstellen werden zur Zeit gemeinsam mit nachbarschaftlichen Einrichtungen im sozialpolitischen Programm zur Bildung von Stadtteilzentren vom Berliner Senat unterstützt (Vertrag zur Bildung von Stadtteilzentren). Einen eigenständigen Fördertitel im Berliner Haushalt für die selbsthilfefördernde Infrastruktur gibt daher seit einigen Jahren nicht mehr.

Das *Förderkonzept Stadtteilzentren* verfolgt das Ziel, in den Stadtteilen starke lokal verankerte Strukturen zu schaffen, die Bürgerengagement fördern, Selbsthilfe stärken, der Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort dienen, generations- und kulturübergreifende Arbeit voranbringen, zur Vernetzung von Kompetenzen im Stadtteil anregen und die Familien- und Jugendarbeit unterstützen.

Es war in der Vergangenheit nicht immer ganz einfach zu unterscheiden, was denn nun der Unterschied zwischen Nachbarschafts- und Stadtteilzentren ist, und welche Rolle darin die Selbsthilfekontaktstellen spielen.

Das vom Senat favorisierte Konzept einer flächendeckenden Versorgung mit Zentren zielte vor allem auf eine »Bündelung« von Leistungen und Angeboten und wollte damit sowohl eine Umverteilung in solche Stadtteile bewirken, die bisher noch »unterversorgt« waren, als auch erhebliche Kostenreduzierungen durch sogenannte Synergie-Effekte erzielen.

Es wird niemanden verwundern, daß ein solcher Prozeß nicht nur tatkräftig umgesetzt wurde, sondern daß es auch zu gewissen Konkurrenzen der Beteiligten kam. So haben die beiden Partner – der Dachverband der Berliner Nachbarschaftseinrichtungen (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.) und der Dachverband der Berliner Selbsthilfe-Kontaktstellen (SELKO e. V.) auch darum gerungen, daß ihre jeweilige Sichtweise im neuen Entwicklungskonzept angemessen vorkommt bzw. nicht zu kurz kommt. Interessanterweise ist es im Ringen um die Meinungsführerschaft dabei vor allem zu einer Auseinandersetzung um die Rolle der Selbsthilfe-Unterstützung gekommen: Ist Selbsthilfe-Unterstützung ein integraler Bestandteil nachbarschaftlicher Arbeit, oder macht es Sinn, die entwickelte Infrastruktur der Selbsthilfekontaktstellen aufrechtzuerhalten?

Zunächst einmal: Die Gesamtbilanz des bisherigen Vertrages zur Bildung von Stadtteilzentren ist trotz erheblicher erzwungener Einsparungen in den letzten Jahren durchaus positiv. Abweichend von der ursprünglichen Vorstellung realer räumlicher Zentren an einem Ort und nachdem der potentiell zentralistische Aspekt im Begriff *Stadtteilzentrum* eher auf Abwehr gestoßen ist, wurden vor allem neue Kooperationsformen und Verbundstrukturen der bestehenden Träger entwickelt. Es gibt

- integrierte Stadtteilzentren (ein Ort – ein Träger)
- Nachbarschaftshäuser
- eigenständige Selbsthilfekontaktstellen als Kristallisationspunkte für stadtteilorientierte Arbeit
- Stadtteil- oder Trägerverbände ganz unterschiedlicher Einrichtungen
- sogenannte sozialräumliche Zentren
- oder auch Kooperationsverträge zwischen Projekten aus verschiedenen Fachbereichen

Bisher läßt sich sagen, daß der Impuls zur Stärkung lokaler Vernetzungsstrukturen durch das Förderprogramm Stadtteilzentren den sozialpolitischen Diskurs belebt und die örtlichen Träger zu Planungsbeteiligten gemacht hat.

Für die Selbsthilfekontaktstellen hat sich in diesem Prozeß bestätigt, daß es sinnvoll ist, nicht von einem fest definierten Bild von *einem* Stadtteilzentrum auszugehen (was nur zu unnötiger Vereinheitlichung führen würde).

SELKO e. V. hat sich daher immer für zwei wesentliche Überlegungen eingesetzt: Die Selbsthilfeförderung muß auch in solchen stadtteilorientierten Strategien ein eigenständiger Bestandteil lokaler Daseinsvorsorge bleiben, indem Selbsthilfekontaktstellen *eigenständige* Einrichtungen sind. Mit dieser Unterscheidung wird auch deutlich gemacht, daß lebendige Stadtteile Träger Vielfalt und fachliche angemessene Kooperationsstrukturen brauchen.

Der Hinweis darauf, daß die jahrelange modellhafte Berliner Selbsthilfeförderung mit ihrer hohen Professionalität nicht sang- und klanglos in einem eher nachbarschaftlich orientierten Konzept von Stadtteilzentren aufgehen sollte, hat allerdings auch einen interessanten Nebeneffekt zur Folge gehabt: Argumentativ gerät man mit einer solchen Position der »Verteidigung bestehender Strukturen« schnell in die Rolle derjenigen, die das Gestern bewahren wollen. »Selbsthilfe war gestern, heute geht es um Stadtteilzentren.« Oder: »Nicht jede Einrichtung, die es einmal gab, muß ewig bestehen.« Diejenigen, die sich im Diskurs der neuen Begriffe bewegen, haben den Vorteil der zukunftsorientierten Sichtweise auf ihrer Seite. Es geht auf einmal weniger um gute oder schlechte Arbeit, um faktische Qualität oder erworbene Kompetenz, sondern es zählt die Position im Diskurs.

So ist die merkwürdige Situation entstanden, daß die Berliner Selbsthilfekontaktstellen mit ihrer besonderen Kompetenz im Bereich der gesundheitsbezogenen Gruppen sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, ihre Arbeit auf den Gesundheitsbereich zu beschränken und damit einer »Versäulung« sozialer Hilfeformen Vorschub zu leisten. Die Verteidigung des Bewährten führt zum Vor-

halt für Erstarrung zu stehen. Es macht meines Erachtens manchmal jedoch Sinn, nicht jeder neuen Fahne nachzulaufen.

Natürlich ist es so, daß in den meisten Nachbarschaftseinrichtungen auch Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird. Es ist trotzdem richtig darauf hinzuweisen, daß der besondere Ansatz der Selbsthilfe und der Selbsthilfe-Unterstützung, wie er in den letzten 30 Jahren als eigene soziale Bewegung entstanden ist, seine besondere Stärken darüber hinaus hat, die sich nicht in der allgemeinen Unterstützung von Gruppen (welcher Art auch immer) erschöpfen. Gerade im gesundheitlichen und gesundheitspolitischen Kontext hat die Selbsthilfe eigene Hilfenetze und Lobbystrukturen auf der Basis gleicher Betroffenheit geschaffen.

Bundesweit wird Selbsthilfe daher zu Zeit in vielen Feldern der gesundheitlichen Versorgung – nach langem Ringen – endlich gesetzlich und institutionell verankert und damit ihre Bedeutung als *vierte Säule* der gesundheitlichen Versorgung anerkannt. Endlich werden klare Beteiligungs- und Mitspracheformen der Selbsthilfe thematisiert. Selbsthilfe-Initiativen sind gefragte Partner im Bereich Behindertenhilfe, Rehabilitation, Gesundheitsförderung und Prävention, der Patient/innenberatung sowie bei Konzepten zur integrierten Versorgung oder der Erstellung von medizinischen Behandlungsleitlinien.

Es gibt Überlegungen in den Gremien der Sozialversicherungen eine sogenannte *Dritte Bank* für die Patientenseite einzurichten. Als originäre Vertreter werden u. a. hier immer auch die Selbsthilfe-Organisationen genannt. Die Selbsthilfe sitzt mit am *Runden Tisch* der Konzertierte Aktion der Gesundheitsministerin, und im Bereich Patient/innenberatung wird die Selbsthilfe zunehmend als relevante Instanz im Sinne der Vertretung der Interessen von Verbraucher/innen angesprochen. Selbsthilfe ist z. B. auch im *Patientenforum* bei der Bundesärztekammer etabliert.

Selbsthilfekontaktstellen sind – neben den großen Verbänden chronisch Kranker – *die* Institutionen, die hier als Mittler in besonderer Weise angesprochen werden und dafür sorgen, daß die Basis mit diesen Anforderungen zu-rechtkommt und – gelegentlich auch – damit nicht überfordert wird.

Berlin hat mit seinen Strukturen, der qualitätsorientierten Professionalisierung und der Vielzahl an Gruppen und Initiativen immer einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung gehabt. Berlin würde diesem späten Erfolg der Selbsthilfebewegung einen Bärendienst erweisen, wenn das hiesige Förderkonzept die Selbsthilfe als eigenständigen Ansatz zugunsten eines eher nachbarschaftlichen Ansatzes aufgegeben oder auf das vorwiegend soziale Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe reduziert würde.

Offen bleibt natürlich angesichts der vorgegebenen Sparpolitik die Frage, in welchem Umfang ein sinnvolles Konzept einer Selbsthilfe-unterstützenden Infrastruktur zu realisieren ist. Klar ist, daß schon mit den aktuell zur Verfügung stehenden Mitteln die 18 Berliner Selbsthilfekontaktstellen nur unzureichend finanziert sind. Mit Unterstützung durch die Berliner Krankenkassen sollte es jedoch gelingen, das flächendeckende Netz der Standorte weitgehend zu erhalten. Sollte es außerdem möglich sein, die neue politische Führung in Berlin

beim Wort zu nehmen, die die Instanzen der Patient/innenunterstützung ausbauen will, könnten die Kontaktstellen – trotz aller Widrigkeiten – einen Teil ihrer Ziele unter Umständen realisieren:

- Stärkung der Patient/inneninteressen / Initiierung von Patient/innenzentren (denkbar ist z. B. die Vernetzung von Beratungs- und Beschwerde-Instanzen)
- Ausbau der Kooperation mit Patient/inneninitiativen und der Informationsvermittlung für Patient/innen
- Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich lokaler Prävention und Gesundheitsförderung
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten sowie gesundheitlichen Einrichtungen im Bezirk
- Beteiligung am Agenda 21-Prozeß
- Planung von Aktivitäten im Gesunde-Städte-Netzwerk
- Aufbau von Internetplattformen für Betroffene
- Angebote für Selbsthilfe-Interessierte zum Thema Internet
- Entwicklung von speziellen Förderkonzepten für Gruppen im psychosozialen Bereich (auf Grund eines zunehmenden Bedarfs)
- Ausbau der rehabilitativen Unterstützungsleistungen der Selbsthilfe (in Bezug auf § 29 SGB IX)
- der Aufbau neuer, themenbezogener Gesamttreffen und Vernetzung von Gesprächsgruppen zu seltenen Erkrankungen
- Vernetzung von Ehrenamtsinitiativen und Ausbau von Tauschbörsen

Die Tatsache, daß der neue Berliner Senat dem Bereich des Verbraucherschutzes einen hohen Stellenwert einräumt, gibt Anlaß zur Hoffnung, daß gerade die Infrastruktur zur Patient/innenunterstützung hier in besonderer Weise berücksichtigt wird.

Karin Stötzner ist Diplom-Soziologin. Sie leitet die Berliner Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle SEKIS und ist Geschäftsführerin von SELKO e. V., dem Dachverband der Berliner Selbsthilfe-Kontaktstellen.